



Hans-Joachim Otto MdB

Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Rhein-Main

Mitglied des Bundesvorstandes der FDP

Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien
des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

OTTO: GEZ abschaffen – problematische Fahndungsmethoden beenden!

Frankfurt am Main, 8. Januar 2008

Der Frankfurter FDP-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der FDP-Medienkommission, **Hans-Joachim Otto**, erklärt zu der Verfahrensweise der „Gebührenbeauftragten“ der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten: „ARD und ZDF zahlen ihren Gebührenfahndern eine üppige Provision für jeden überführten ‚Schwarzseher‘. Das hilft sicherlich nicht, die oft problematischen Methoden der Fahnder einzuschränken. Ganz im Gegenteil: Gebührenfahnder müssen über keine Berufsausbildung verfügen. Praktisch jeder kann ein Gebührenfahnder werden. Und je mehr Personen überführt werden, desto mehr Geld verdient man. Da wundert es nicht, wenn die Bürgerinnen und Bürger immer wieder drangsaliert werden und den Fahndern das bei der Suche nach Nichtzahlern dringend notwendige Fingerspitzengefühl und ein bürgerrechtliches Gewissen fehlt. Diese Jagdmethoden auf Schwarzseher müssen beendet werden!“

Neben den problematischen Methoden der GEZ-Schnüffler seien für einen erheblichen Imageschaden des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems auch die ordnungspolitisch völlig verfehlte Ausweitung der Gebührenpflicht auf internetfähige Computer mitverantwortlich. „Seit Januar 2007 werden für die sogenannten Neuartigen Rundfunkempfangsgeräte Gebühren von 5,52 € pro Monat erhoben. Aus einer Anfrage von mir an die Bundesregierung geht hervor, dass die GEZ im letzten Jahr mit der umstrittenen Rundfunkgebühr für PCs gerade mal vier Millionen Euro zusätzlich eingenommen hat, das sind 0,05 Prozent des gesamten Finanzaufkommens. Dass die Mehreinnahmen, die diesen Image-Schaden verursachen, so gering sind, ist geradezu lächerlich“, so Otto weiter.

Die komplette Abschaffung der GEZ und die Einführung einer monatlichen Medienabgabe pro Person in Höhe von ca. 10 Euro sei die richtige Lösung, so Otto: „Jeder Bürger, der über ein steuerpflichtiges Einkommen verfügt, würde dann die Abgabe zahlen. Das Finanzamt könnte die Abgabe direkt einziehen und den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten überweisen. Damit würden die Meldepflicht und auch das Schwarzsehen entfallen und alle Bürger wären so in ihrem grundgesetzlich geschützten Rückzugsbereich der privaten Wohnung vor Gebühren-Fahndern geschützt.“

Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:

Roland Philippi, Tel: 069/ 97160-204, Fax: 069/ 97160-222, Email: wahlkreis@hansjoachimotto.de

Christian Zeis, Tel: 06172/ 998452, Fax: 06172/ 998462, Email: zeis-pr@t-online.de

www.hans-joachim-otto.de